



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

41. Sitzung (öffentlich)

16. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Olaf Lehne (CDU)

Protokoll: Eva M. Kiwitt

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) 3**
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700
Drucksache 17/15600 (Ergänzung)
Ausschussprotokoll 17/1567
– abschließende Beratung und Abstimmung (Personaletat 2022)
– Abgabe eines Votums an den Haushalts- und Finanzausschuss

- 2 Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostengesetzes sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz 4**
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14306

Stellungnahme 17/4144	
Stellungnahme 17/4410	
Stellungnahme 17/4411	
Stellungnahme 17/4412	
Stellungnahme 17/4462	
Stellungnahme 17/4463	
Drucksache 17/15616	
Vorlage 17/6015	
– Abgabe eines Votums an den Haushalts- und Finanzausschuss	
3 Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Landes Nordrhein-Westfalen und den Schutz von Verschlussachen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz Nordrhein-Westfalen – SüG NRW –)	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/15476	
4 Fragen zum Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen	6
Vorlage 17/5493 Neudruck Vorlage 17/5990	
5 Verschiedenes	7

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700
Drucksache 17/15600 (Ergänzung)

Ausschussprotokoll 17/1567

- abschließende Beratung und Abstimmung (Personaletat 2022)
- Abgabe eines Votums an den Haushalts- und Finanzausschuss

Zur abschließenden Beratung des Personalhaushalts 2022 liegen acht Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Der Unterausschuss verständigt sich einstimmig darauf, zunächst über den Einzelplan 01, den Einzelplan 13 und den Einzelplan 16 abzustimmen. Diese werden jeweils mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und AfD in Abwesenheit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmig unverändert angenommen.

Die Abstimmung über die acht Änderungsanträge der AfD-Fraktion wird ebenfalls separat durchgeführt. Da sie keine Mehrheit im Unterausschuss gefunden haben, ist die Abstimmung über alle Einzelpläne, mit Ausnahme der Einzelpläne 01, 13 und 16, die bereits abgestimmt waren, im Gesamtpaket erfolgt. Diese werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD und der AfD in Abwesenheit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmig unverändert angenommen.

Im Ergebnis **empfiehlt** der Unterausschuss Personal den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2022 (Drucksachen 17/14700 und 17/15600) – soweit die Zuständigkeit des Unterausschusses gegeben ist – **unverändert anzunehmen** (vgl. Bericht an den Haushalts- und Finanzausschuss zur 2. Lesung – Vorlage 17/6024).

2 Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostengesetzes sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14306

Stellungnahme 17/4144
Stellungnahme 17/4410
Stellungnahme 17/4411
Stellungnahme 17/4412
Stellungnahme 17/4462
Stellungnahme 17/4463

Drucksache 17/15616
Vorlage 17/6015

– Abgabe eines Votums an den Haushalts- und Finanzausschuss

Vor den beiden Abstimmungen hat die Fraktion der SPD angekündigt, dass sie für den Gesetzentwurf der Landesregierung stimmen wolle. Sie werde aber zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses einen Änderungsantrag einreichen.

Zunächst wird über den Änderungsantrag der AfD, Drucksache 17/15616 abgestimmt. Dieser wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP in Abwesenheit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD abgelehnt.

In der zweiten Abstimmung wird über den unveränderten Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/14306 abgestimmt. Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP in Abwesenheit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der AfD empfiehlt der Unterausschuss Personal dem Haushalts- und Finanzausschuss, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

3 Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Landes Nordrhein-Westfalen und den Schutz von Verschluss-sachen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz Nordrhein-Westfalen – SüG NRW -)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15476

Das Plenum hat am 3. November 2021 den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/15476 nach 1. Lesung an den Innenausschuss – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Unterausschuss Personal überwiesen.

Der federführende Innenausschuss hat in seiner Sitzung am 11. November 2021 die Durchführung einer schriftlichen Anhörung beschlossen. Die Stellungnahmen werden bis zum 20. Januar 2022 erbeten. Die Beratung im Innenausschuss sollen am 3. Februar 2022 abgeschlossen sein.

Im Hinblick auf die anstehende Anhörung des federführenden Innenausschusses beschließt der Unterausschuss einvernehmlich, die inhaltliche Beratung erst nach der Anhörung zu führen.

4 Fragen zum Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage 17/5493 Neudruck

Vorlage 17/5990

Da der Fragenkatalog von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingereicht wurde und diese Fraktion in der Sitzung nicht vertreten ist, wird die Beratung dieses Tagesordnungspunktes einvernehmlich in die nächste Sitzung verlegt.

5 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

gez. Olaf Lehne
Vorsitzender

17.11.2021/17.11.2021
5